Das Recht auf Privatheit – national und international betrachtet

Galt Deutschland früher im internationalen Vergleich als Vorreiter im Datenschutz, so hat es diese Rolle inzwischen durch zahlreiche Datenskandale bei Lidl & Co, aber auch durch die laufend wachsenden Eingriffsmöglichkeiten der Sicherheitsbehörden verloren. Privacy International ordnet Deutschland in ihrem internationalen Privacy Ranking nunmehr in der Mittelkategorie ein; die Ausmaße des datenschutzrechtlichen Abschwungs werden als „alarmierend“ bezeichnet (2007 International Privacy Ranking).

Der Münchner Polizeipräsident, Wilhelm Schmidbauer, schrieb provokativ über die Forderung des Bundesverfassungsgerichts nach einer „begrenzten“ Vorratsspeicherung (SZ v. 24.09.08, 1): „Mehr Datenschutz bedeutet manchmal auch mehr Gefahr – was die Verfassungsrichter bedenken sollten.“ Es lässt sich nicht leugnen, dass die größten Freiheitsprobleme heute durch übersteigerte Sicherheitserwartungen in Staat und Gesellschaft entstehen. Die Politik würde die Grenze zum Verfassungsstaat überschreiten, wenn sie alle TKVerkehrsdaten ihrer Bürger vorsorglich für eine allfällige Nutzung durch die Sicherheitsbehörden von den Providern speichern ließe. Die Grundsätze des Volkszählungsurteils gehören auch nicht zu einer Saga aus vergangenen Zeiten. Und mit dem neuen Grundrecht auf Vertraulichkeit und Integrität der IT-Systeme stellt sich das Verfassungsgericht der technischen Entwicklung. Diese vor Augen wird „Freiheit und Unbeobachtbarkeit des Denkens ... künftig untrennbar mit dem Schutz persönlichster Rechner, ihrer Anwendung und auch der Daten auf ihnen verknüpft sein“ (Andreas Pfitzmann). Schon jetzt diskutiert die EU die Einbindung des neuen Grundrechts in den TK-Datenschutz. Andererseits wird aber der EU-Datenschutzstandard der Mitgliedstaaten durch Forderungen speziell aus den USA gefährdet – Stichwort Fluggastdaten. Mehr und mehr zeichnen sich einvernehmliche Lösungen zwischen der EU und den USA zu Lasten des Datenschutzes ab. In den Medien ist bereits vom nächsten transatlantischen „Datenschutz“-Abkommen zu lesen, das u.a. auch die Übermittlung besonderer (sensitiver) Daten bspw. Angaben über politische, religiöse und philosophische Überzeugungen sowie Gewerkschaftszugehörigkeit und Informationen zu Gesundheit und Sexualleben an amerikanische Strafverfolgungsbehörden legitimieren soll. Das Vorgehen wäre gleichbedeutend mit einem Dispens vom Datenschutz. Die zerstörerischen Folgen für die Privatheit freier Bürgerinnen und Bürger in einer Informationsgesellschaft sind unabsehbar.

Auch im Bereich der privaten Datenverarbeitung setzt Amerika Maßstäbe. Man denke nicht nur an konzernweite amerikanische Verhaltensregeln zum „Whistleblowing“ (SOX). Am 7. September feierte Google seinen 10. Geburtstag. Wie kein anderes Unternehmen hat Google in diesen 10 Jahren die Kultur der Online-Datenverarbeitung geprägt – nicht nur in den USA, sondern in der gesamten Online-Welt. In einem Schreiben Googles vom 10. Juni 2007 an die Art. 29-Datenschutzgruppe heißt es: „Google provides one level of privacy protection for our users worldwide, irrespective of the country where they reside“. Deutlicher kann man die faktische Vereinheitlichung der „Datenschutzstandards“ weltweit nicht zum Ausdruck bringen.

Die Internationalisierung des Datenschutzes wird in diesem Heft aus den verschiedensten Perspektiven beleuchtet. Andreas Wiebe nimmt das neue deutsche Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme zum Anlass, es im Vergleich zum USA-Recht zu betrachten. Marie-Theres Tinnefeld und Judith Rauhofer befassen sich mit den brisanten Fragen um die Person des Whistleblowers im Kontext der anglo-amerikanischen und kontinental-europäischen Rechtskultur. Aus Anlass der Übernahme von DoubleClick durch Google setzt sich Benedikt Buchner in seinem Beitrag mit dem Verhältnis von Datenschutz und Wettbewerb auseinander. Rainer Gerling wirft Fragen der Einwilligungssproblematik bei der Übermittlung von Forschungsdaten auf. Thomas Petri untersucht spezielle Fragen der Vorratsdatenspeicherung und internationalen Datenübermittlung vor dem Hintergrund der „Wesensgehaltssperre“ der Grundrechte. Krzysztof Wygoda setzt sich mit Datenschutzaspekten von öffentlichen Personen in Polen auseinander. Edgar Wagner befasst sich mit den zu beobachtenden Grenzverschiebungen zwischen Privatheit und Öffentlichkeit, die weit über die Entstehung des Internets hinaus eine Vorgeschichte haben.

Marie-Theres Tinnefeld, Benedikt Buchner